

Zwangsaussiedlungen - ein finsternes Kapitel DDR-Geschichte

Inge Bennewitz

52 Jahre, im Oktober 1961 während des Studiums (Chemie und Mathematik) aus Dömitz/Elbe, Kreis Ludwigslust, ausgesiedelt. Nach dem Studium wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften in Berlin. Nach der Wende publizistisch tätig, vor allem zum Thema Zwangsaussiedlungen und Staatssicherheit, Veröffentlichungen z.B. in der Zeitung "NEUE ZEIT"

Schon seit der "Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie" am 1. Juni 1952 fürchteten viele, Westberlin könne eines Tages abgeriegelt werden. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage, des zunehmenden politischen Drucks auf die Bevölkerung und der Chruschtschowschen Drohgebärden Anfang der 60er Jahre wuchs der Flüchtlingsstrom in Richtung Westen immer mehr an. Bis zum Bau der Mauer hatten nach Angaben des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen 2 686 942 Menschen den ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat verlassen, 30 415 waren es allein im Juli 1961.

Obwohl sich die Zeichen für eine bevorstehende Schließung der Sektorengrenze im Sommer 1961 gehäuft hatten, kam das von vielen befürchtete Ereignis, die Abriegelung der Westsektoren, relativ überraschend. Nachdem über Nacht den Fluchtwilligen der Weg nach Westberlin versperrt wurde, ist immer wieder darüber gerätselt worden, seit wann der Bau der Berliner Mauer beschlossene Sache war. Viele DDR-Bürger, die sich mit Fluchtabsichten getragen hatten, warfen sich vor, die letzte gefahrlose Chance verpaßt zu haben. Akten der SED und des MfS geben Auskunft - viel Spielraum hat es, nachdem der Beschluß zum Bau der Mauer gefaßt war, nicht gegeben.

Am 13. August 1961 wäre Karl Liebknecht, führender linker Sozialdemokrat und Mitbegründer der KPD, 90 Jahre alt geworden. Das SED-Politbüro hatte am 18. Juli 1961 beschlossen, aus Anlaß dieses Jubiläums am 13. August auf dem Potsdamer Platz eine Kundgebung durchzuführen. Noch am 7. August war vorgesehen, über deren Verschiebung auf den 14. August zu beraten, man entschied sich jedoch, sie ganz ausfallen zu lassen. 2 Tage vorher hatten die Ersten Sekretäre der kommunistischen- und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Pakts auf ihrer Tagung in Moskau der SED-Führung grünes Licht für den